

Frage des Tages

Soll die Gemeinde Riehen weiter verdichtet werden?

Obwohl Riehen über 20 000 Einwohner zählt, konnte es seinen sympathischen Dorfcharakter bewahren. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Wird Schneider-Schneiter als Bundesrätin gewählt?



Initiative gegen innere Verdichtung

Riehen soll seine Parkanlagen, Villengärten und alten Bäume besser schützen, fordert die EVP

Von Mischa Hauswirth

Riehen. Klimawandel, Hitzesommer, Trockenheit, heimliches Fällen von wertvollen Bäumen – die EVP Riehen will mit einer Doppelinitiative gesetzliche Lücken schliessen. «Dank seinen zahlreichen Grünflächen in Parkanlagen, Alleen und Privatgärten gilt Riehen zu Recht als das «grosse grüne Dorf», sagt Rudolf Brenner, der im Initiativkomitee von «Riehen – gib dem Grün eine Chance I und II» sitzt. «Die starke Durchgrünung des Siedlungsgebietes trägt nicht nur optisch, sondern auch durch ihre kühlende Wirkung zum Wohlbefinden von uns Einwohnern bei», sagt Brenner. Und er ist sich sicher: «Hitzewellen werden in Zukunft zunehmen.»

Zwar könne eine Gemeinde wie Riehen wenig gegen die globale Klimaerwärmung tun, aber auf lokaler Ebene könne sie der Entwicklung und ihren für den Menschen negativen Folgen entgegenwirken, so Brenner. Beispielsweise durch den Schutz von Grünanlagen. «Zurzeit sind nicht einmal unsere wichtigsten Parks planungsrechtlich gesichert: Sie sind grösstenteils im Zonenplan bloss als Grünanlagen ausgewiesen, haben aber keinen weitergehenden Schutzstatus, zum Beispiel als unantastbare Natur-Gartendenkmäler.»

Historische Anlagen erhalten

Das Leitbild «Riehen 2016–2030» enthalte zwar das Ziel, die Qualität der historischen Parkanlagen und deren Erholungswert für die Bevölkerung zu bewahren, sagt Brenner. Jedoch: «Diesem selbst gesteckten Ziel lebt die Gemeinde leider nur ungenügend nach, so stammt etwa das Parkpflegewerk des Sarasinparks aus dem Jahr 1997.» Für Brenner ist eine Anpassung deshalb dringlich.»



Schwindendes Grün. Beim Niederholz entstanden mehrere Gebäude mit Alters- und Pflegewohnungen. Foto Erich Meyer

Die Initiativen möchten die Gemeinde verpflichten, bei künftigen Bauprojekten ihre Einflussmöglichkeiten im Sinne möglichst weitgehender Durchgrünung optimal zu nutzen, wo immer möglich durch Erhaltung bestehender, älterer Bäume. Gemäss dem kantonalen Natur- und Landschaftsschutzgesetz könne die zuständige Behörde zur Einbindung der Natur in eine Überbauung eine entspre-

chende Lebensraumgestaltung durch Bepflanzung zur Auflage machen, heisst es in einem Argumentarium der Initianten. «Die Gemeinde kommt dem ungenügend nach, wenn sie im Zuge der fortschreitenden Verdichtung kein Konzept hat, wie dem Verlust von Naturwerten in der Siedlung begegnet werden kann, etwa durch eine weitgehende Erhaltung bestehender oder klimagerechte Neuanpflanzung von

Bäumen und Sträuchern», sagt Brenner. Riehen hat in den vergangenen Jahren – unter anderem auf Druck von Basel und als Folge von ständig nach oben schiessenden Bodenpreisen – kontinuierlich verdichtet.

Im neuen Zonenplan wurden mehrere Gebiete in die Bauzone genommen, und es wurden Bebauungsvorschriften gelockert, damit grössere und höhere Gebäude auf einem Grundstück

errichtet werden können. In den letzten drei Jahren entstand beispielsweise am Niederholz eine Wohnsiedlung mit mehreren Gebäuden; für das neue Adullam-Pflegeheim wurde ein historisches Gebäude abgerissen und ein geräumiger Garten musste weichen; bei der Grendelmatte sind Häuser auf grüner Wiese geplant, und das Stettenfeld, das heute noch meist aus Wiesen, Obstbäumen und Schrebergärten besteht, darf ebenfalls überbaut werden.

Für die Initiativen ist auch der Schutz alter Bäume ein Thema. «Alte Bäume können das Mikroklima im Siedlungsgebiet positiver beeinflussen als junge, kleine. Sogenannte Ersatzpflanzungen für gefällte alte Bäume helfen bestenfalls nach Jahrzehnten. Dies ist besonders im Zuge der fortschreitenden baulichen Verdichtung unseres Dorfes zu beachten», sagt Brenner.

Kompromisse nötig

Es sei richtig, dass es keinen eigentlichen juristischen Schutz von Parks und Grünanlagen gebe, diese jedoch als solche im Zonenplan festgelegt seien, erklärt Felix Wehrli (SVP), der im Rieher Gemeinderat zuständig ist für die Grünanlagen. Deshalb könne dort nicht einfach so gebaut werden. Aber: «Die Politik will aber auch eine innere Verdichtung mit günstigem Wohnraum – so auch die Initianten –, was im Einzelfall zu Kompromissen führen muss. Auf der anderen Seite aber möchte ich natürlich auch, dass gerade alte Bäume – wenn immer möglich – stehen bleiben können», sagt Wehrli.

Hinter das Begehren, dass die Gemeinde den Eigentümern von privaten Landparzellen Vorschriften machen kann, welche über den erst kürzlich verabschiedeten Zonenplan hinausgehen, setzt er Fragezeichen. «Das würde rechtlich kaum Bestand halten», sagt Wehrli.

Das Baselbiet in der Krankenkassen-Hölle

In keinem anderen Kanton belasten die Prämien die Haushalte so stark

Von Alex Reichmuth

Liestal. Am Sonntag in einer Woche entscheidet das Baselbieter Stimmvolk über die sogenannte Prämien-Initiative der SP. Diese verlangt, dass kein Haushalt mehr für Krankenkassenprämien ausgeben muss als zehn Prozent seines Einkommens. Was darüber liegt, soll ihm vom Kanton zurückerstattet werden. Ein Ja zur Initiative würde den Kanton schätzungsweise 75 Millionen Franken kosten.

Mitten in der heissen Phase des Abstimmungskampfs taucht nun eine Studie auf, die Wasser auf die Mühle der Initianten ist, wie es scheint. Das «Monitoring 2017» des Bundesamts für Gesundheit wird zwar offiziell erst im Dezember publiziert, ist aber verschiedenen Medien schon zugespielt worden. Die Studie untersuchte die Wirksamkeit der Prämienverbilligung, die der Bund und die Kantone an Haushalte mit tiefem Einkommen ausbezahlt. Konkret listet sie auf, wie stark sich die Kantone finanziell engagieren, und welche Prämienbelastung die Haushalte nach Abzug der Prämienverbilligung haben. Das Monitoring wird alle drei bis vier Jahre erhoben.

Rückenwind für die Initianten

Wie die *bz* Basel gestern berichtete, liegt die verbleibende Prämienverbilligung im Kanton Baselland bei durchschnittlich 18 Prozent des verfügbaren Einkommens und damit zusammen mit dem Kanton Jura auf dem ersten Platz. In keinem anderen Kanton also müssen die Haushalte nach Verrechnung der individuell ausbezahlten Prämienverbilligung einen höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens an die Krankenkassen

abliefern. Erstellt worden ist das «Monitoring 2017» vom Forschungsunternehmen Ecoplan.

Selbst in Basel-Stadt, wo die Prämien nominell höher sind als im Landkanton, ist die Belastung nach Verrechnung der staatlichen Verbilligung mit 16 Prozent des Einkommens tiefer als im Baselbiet. Im letzten Monitoring von 2014 lag Baselland mit einer durchschnittlichen Prämienbelastung von 14 Prozent noch hinter Basel-Stadt (15 Prozent). Inzwischen ist der Landkanton auf den ersten Rang vorgerückt, was die Prämienbelastung angeht.

Die Gesundheitskosten pro Kopf liegen im Landkanton auf dem Niveau von Basel-Stadt.

Von einem «traurigen Spitzenrang» spricht Adil Koller, Präsident der SP Baselland. Das Monitoring zeige, welcher Druck auf den Haushalten laste. «Es braucht nun dringend Entlastung mit der Prämien-Initiative», so Koller. Die Zahlen signalisierten dringenden Handlungsbedarf.

Bestätigt fühlt sich auch Florence Brenzikofer. «Die Prämienbelastung im Kanton Baselland liegt sogar noch höher als angenommen», sagt die Landrätin der Grünen. Schwer zu tragen habe vor allem der untere Mittelstand. Man sehe an diesen Zahlen, wohin die bürgerlich dominierte Politik in Regierung und Parlament geführt habe. Brenzikofer meint damit, dass der Kanton die Beiträge an die Prämienverbilligung in den letzten Jahren kontinuierlich gekürzt hat. Das bekämen vor allem Familien und junge

Erwachsene deutlich zu spüren. Die Studie bedeute zwar Rückenwind für die Initianten, räumt Felix Keller ein, Landrat der CVP und Initiativegegner. Er verweist aber darauf, dass der Kanton nächstes Jahr wieder mehr für Prämienverbilligung ausgibt. Konkret hat die Regierung die Erhöhung der entsprechenden Summe um zwölf Millionen Franken vorgeschlagen. Der Landrat muss diese Mehrausgabe im Rahmen seiner Budgetdebatte im Dezember absegnen. «Es ist der richtige Ansatz, gezielt diejenigen Haushalte zu unterstützen, die es nötig haben», so Keller. Wichtig sei, Massnahmen gegen das ständige Wachstum der Gesundheitskosten zu treffen. «Wir müssen das Problem an der Wurzel packen.»

Auch SVP-Landrat Hanspeter Weibel verweist darauf, dass der Kanton nächstes Jahr wahrscheinlich seinen Beitrag für Prämienverbilligung aufstockt. «Insofern beruht die Studie des Bundes auf veralteten Zahlen», sagt er. Dass der Landkanton in dieser Studie die rote Laterne gefasst habe, liege nicht nur an den «vorübergehenden Senkungen» der vom Kanton finanzierten Prämienverbilligung, sondern auch am hohen Prämienniveau im Baselbiet.

Stefan Felder, Gesundheitsökonom und Professor an der Universität Basel, weist darauf hin, dass das durchschnittliche Einkommen pro Haushalt in Basel-Stadt wesentlich höher ist als in Baselland. Die Gesundheitskosten pro Kopf lägen im Landkanton aber fast auf gleich hohem Niveau. «So ist natürlich auch das Verhältnis von Prämienbelastung zum Einkommen in Baselland tendenziell höher.» Um die Bevölkerung zu entlasten, wäre es vor allem wichtig, die Gesundheitskosten im Baselbiet zu begrenzen, sagt Felder.

Anzeigen gegen Hafen-Terminal

Dorfverein Pro Kleinhüningen spricht von untragbaren Risiken

Basel. Gegen das geplante trimodale Rheinhafen-Terminal «Gateway Basel Nord» wehrt sich ein Quartierverein mit Anzeigen: Der Dorfverein Pro Kleinhüningen hat die Kontrollorgane der beiden Basel wegen Untätigkeit verzeigt. Die Risiken der Grossschiffahrt seien zu gross, heisst es. «Wegen rechtswidrigen Untätigbleibens» hat der Dorfverein letzte Woche aufsichtsrechtliche Anzeige erhoben gegen die basel-städtische Kontrollstelle für Chemie- und Biosicherheit sowie gegen das Baselbieter Sicherheitsinspektorat, schreibt er in einer Mitteilung von gestern. Konkret fordert er Limiten für Transport und Lagerung von Gefahrgut.

Mit Verweis auf einen schlagzeilen-trächtigen Brand alter Bahnschwellen, die im Basler Hafeneck gelagert waren, vom Juli sowie nicht präzisierter «diverse Risikoberichte» erinnert er an die Gefahren für die Anwohnerschaft rund um den Hafen. Darum sei «jeglicher Ausbau von Transport- und Lagerkapazitäten zu untersagen».

Das geplante Terminal koste das schon stark belastete Basler Quartier-Grünflächen und ein Naturschutz-

gebiet. Derweil sei im Zürcher Limmatal ein Terminalprojekt gestoppt worden, das mehr Gefahrgütertransporte dorthin gebracht hätte.

Grossprojekt

Das Basler Terminal soll Ende 2020 in Betrieb genommen werden. Es umfasst sechs Ladegeleise für Züge bis 745 Meter Länge, drei Portalkräne, Abstellflächen und ein Gefahrgutlager. Die Anlage ist an die Nord-Süd-Hauptachse der Eisenbahn und an die Autobahn A2 angebunden.

Der Bund hatte im Juli entschieden, die erste Etappe des Projektes Basel Nord mehrheitlich zu finanzieren. Gegen diese Bundesgelder hat eine Containerfirma Ende September Rekurs eingereicht.

Den Bundesanteil an den Kosten der Etappe für den Umschlag Strassenschiene von insgesamt 130 Millionen Franken hatte das Bundesamt für Verkehr (BAV) auf 83 Millionen beziffert. Später soll ein neues, drittes Hafenbecken auch noch den Rhein anbinden. Dieses soll zwischen der Eisenbahn und der Autobahn ausgehoben werden. SDA



Behörden in der Kritik. Das nationale Container-Terminal stösst auf Opposition.